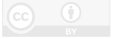


gen wird dies dagegen schon immer praktiziert, was die Frage aufwirft, warum dies bei Sozial- und Umweltstandards nicht möglich sein soll.

Das Unternehmen HP hat beispielhaft die Veröffentlichung einer Liste von mehr als 100 Lieferanten, die ihre Zulieferer betreffen. Auch der Versuch von Fairphone, ein transparenter hergestelltes Mobiltelefon zu bauen und dabei zumindest für einige Metalle Herkunftsnachweise mitzuliefern, zeigt, dass vieles möglich ist.

Insellösungen durch Zertifizierungen können allerdings nur Teilaspekte abdecken. Zu hoffen ist daher, dass die Zusammenhänge zwischen Rohstoffherkunft und Umwelt, insbesondere die im Jahr 2001 gegründete *GeSI* sowie die *Industry Citizenship Coalition* einen ganzheitlichen Ansatz die notwendigen Investition, ökonomischen und ökologischen Bedingungen bei der Produktion von elektronischen Produkten zu verbessern. Dies muss dann für alle Rohstoffe gelten, nicht nur für die aus der Demokratischen Republik Kongo – schließlich gibt es auch bei der Förderung von Erzen in anderen Ländern massive Missstände.

erschienen in der *Fiff-Kommunikation*,
herausgegeben von *Fiff e.V.* - ISSN 0938-3476
www.fiff.de



Andreas Manhart

Berichtspflicht zu Konfliktmineralien in den USA Was können wir daraus für Europa lernen?

Der Dodd-Frank-Act 1502 verlangt von US-Börsennotierten Firmen, die Herkunft ausgewählter Rohstoffe offen zu legen. Betroffen sind dabei die Erze und Metalle, die teilweise im Osten der Demokratischen Republik Kongo abgebaut werden und zum Teil für die Finanzierung bewaffneter Konflikte missbraucht werden.¹ Sobald eine Firma als Herkunftsland Kongo oder eines der Nachbarländer angibt, sind umfangreiche Nachweise erforderlich, die belegen sollen, dass diese Materialien nicht im Zusammenhang mit Konflikten gewonnen wurden. Dabei ist die IT-Industrie besonders betroffen, denn alle der vier Konfliktmetalle Zinn, Tantal, Wolfram und Gold (auch 3TG genannt) kommen in modernen Elektronikgeräten vor. Dieses Gesetz wirkte zunächst wie ein Embargo, weil sich die Hersteller die Mineralien in der Folge aus anderen Gegenden besorgt haben. Dennoch will die EU nun eine eigene, ähnliche Richtlinie verabschieden, „on responsible sourcing of minerals originating from conflict-affected and high-risk areas“, wobei die Lehren aus 1502 einfließen sollen.²

Das *Öko-Institut* veröffentlichte Ende August die viel beachtete Studie *Conflict minerals – An evaluation of the Dodd-Frank Act and other resource-related measures*.³ Wir sprachen mit *Andreas Manhart*, einem der Autoren, über die Konsequenzen daraus.

Fiff: Herr Manhart, die von Ihnen mitverfasste Studie ist sehr kritisch gegenüber dem Dodd-Frank-Act 1502, der in den U.S.A. vor allem durch zivilgesellschaftliche Organisationen vorangetrieben wurde. War hier „gut gemeint“ das Gegenteil von gut?

Andreas Manhart: Der *Dodd-Frank Act* hat vieles bewirkt, das wollen wir den USA gar nicht abstreiten. Aber letztendlich zeigt sich auch, dass es zu unerwünschten Nebeneffekten gekommen ist, die man nicht ignorieren darf. So haben die Auflagen eine stark abschreckende Wirkung für alle, die Erze aus dem Kongo beziehen wollen – selbst wenn die Förderung unter verantwortungsvollen Rahmenbedingungen geschieht.

Zwar fordern Sie Verbesserungen und weniger aufwändige Prozesse, Sie lehnen in Ihren Empfehlungen eine EU-Regelung zur Offenlegung von Rohstoffgeschäften aus Risiko- und Konfliktgebieten aber nicht grundsätzlich ab. Glauben Sie, dass der Auftraggeber der Studie, der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.), Ihre Empfehlungen übernehmen wird? Bislang lehnte er eine Regulierung dieser Art immer ab.



Abb. 1: Goldmine in Süd-Kivu, Kongo. Foto: Sasha Lezhnev/ Enoughproject.org 2011, CC-BY-NC-ND

Zuallererst fordern wir – wie Sie ja sagen – keine grundsätzliche Abkehr vom Transparenzgedanken. Man sollte aber nicht glauben, dass ein positiver Zusammenhang zwischen möglichst ambitionierten Berichtspflichten und der Verbesserung der Situation vor Ort bestünde. Es gilt, eine ausgewogene Balance zwischen Transparenzanforderungen und verantwortungsvollem Direktengagement vor Ort zu finden.

Als *Öko-Institut* können wir natürlich nicht für die Industrie sprechen. Wir hatten aber in unserer Arbeit mit dem BDI sowie auch mit vielen Leuten in Unternehmen den Eindruck, dass das Problem nicht ignoriert wird. Wir sehen auf Seiten der Industrie auf alle Fälle Gesprächsbereitschaft und das Interesse zur Suche eines tragfähigen europäischen Lösungsbeitrages. Letztendlich hängen aber die Richtungsentscheidungen für einen europäischen Beitrag nicht alleine von der Industrie ab, sondern ebenso von der EU Kommission, dem Parlament sowie vom Einfluss der Nichtregierungsorganisationen. Letztendlich sind wir der Überzeugung, dass es nun zeitnah einen Dialogprozess geben sollte, der die verschiedenen Vorschläge ergebnisoffen diskutiert. Dabei sollten natürlich auch kongolesische Stimmen nicht fehlen.

Können Sie kurz erzählen, wie die Zertifizierung konfliktfreier Rohstoffquellen in der Praxis abläuft? Ist sie vertrauenswürdig?

Fast alle Industriezweige sehen die Schmelzen und Raffinerien als Schlüssel zum Erfolg. Hier gibt es verschiedene Programme, die mit Hilfe von Auditorien einen Nachweis ausstellen, dass ein Schmelzbetrieb garantiert „konfliktfrei“ ist. Die Schmelzen müssen für alle ihre Lieferungen im zurückliegenden Jahr die genaue Herkunft nachweisen. Das Problem ist, dass fast alle als „konfliktfrei“ gelisteten Schmelzen de facto „Kongo-frei“ sind, ihren Status also dadurch erreichen, dass sie gar nicht mehr aus der Region beziehen. Aus meiner Sicht führt man hier einen eigentlich guten Gedanken ad absurdum: Man steckt unglaublich viel Geld in die Zertifizierung konfliktfreier Lieferketten, dieses Geld wird aber überhaupt nicht für die Lösung der Probleme vor Ort verwendet. Hauptprofiteure sind derzeit die großen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die sehr viel Geld mit der Nachweisführung verdienen.

Und dann kommt noch hinzu, dass die Rohstoffe aus dem Kongo dann doch über dunkle Kanäle auf den Weltmarkt kommen. Und ein Hersteller eines sehr komplexen Produkts kann sich letztendlich doch nicht sicher sein, ob die vielen tausend Papiernachweise für alle Einzelteile wirklich der Realität entsprechen.

Gilt dies auch für die Vorzeigeprojekte, *Solutions for Hope* für Tantal und *Conflict Free Tin Initiative* für Zinn?

Nein, bei diesen beiden Projekten kann man sich tatsächlich sicher sein, dass sie nicht im Zusammenhang mit Konflikten stehen. Das Problem besteht eher darin, dass unter den vielen Akteuren in komplexen Lieferketten immer auch schwarze Schafe zu finden sind, die Zertifikate und Herkunftsangaben bewusst

fälschen. Leider kann man solche Betrüger analytisch nicht überführen, denn die existierenden Labormethoden sind nur im Bereich der Erze und Konzentrate anwendbar – nicht bei standardisierten Metallen und Legierungen.

Es gibt viele Gegenden wo Tantal- und Zinnerze abgebaut werden, auch weniger risikoreiche wie Brasilien oder Australien. Warum werden dennoch Rohstoffe aus der D.R. Kongo bezogen, warum machen sich die Firmen sogar die Mühe, einen konfliktfreien Zugang zu schaffen? Da scheint doch ein ökonomischer Vorteil zu liegen.

Offiziell werden aus dem Kongo nur sehr kleine Mengen an Konfliktrohstoffen ausgeführt. Hier wird die Wahrnehmung noch oft von der Situation vergangener Jahre geprägt, als z. B. Australien vorübergehend kein Tantal mehr produziert hat und der Kongo diese Lücke aufgefüllt hat. Aber natürlich spielt der Schmuggel über die Nachbarländer eine wichtige Rolle. Gerade Gold lässt sich wegen seines hohen Materialwerts und der Tatsache, dass es vielerorts als Zahlungsmittel akzeptiert ist, sehr leicht schmuggeln. Bei den Industrierohstoffen – insbesondere Tantal und Zinn – hat der Kongo zwar durchaus große Vorkommen, diese werden aber derzeit nur oberflächlich angekratzt. Es ist nicht so, dass die wenigen Projekte der westlichen Industrie im Kongo große Mengen fördern würden. Die Hauptmotivation der Unternehmen die an den Projekten *Solutions for Hope* und *Conflict Free Tin Initiative* beteiligt sind, liegt derzeit wohl eher im Imagegewinn. Für ein größeres Engagement ist die Region für verantwortungsvolle Investoren einfach zu riskant. Diese Lücke füllen derzeit dubiose Händler und „Abenteurer“.

Wen meinen Sie?

Dies sind in der Regel Geschäftsleute, die die hohen Risiken nicht scheuen, dafür aber auch keinerlei Investitionen tätigen. Sie agieren nach der Formel *high risks, high profits, no standards*. Oft sitzen diese Akteure auch gar nicht im Kongo selbst, sondern irgendwo in der Schmuggelkette über Nachbarländer in den Mittleren Osten oder nach Asien. Leider wird man diese Spezies weder mit dem *Dodd-Frank Act*, noch mit einer europäischen Regulierung vollständig verbannen können. Man darf solche Akteure nicht mit seriös arbeitenden Firmen gleich setzen.

Die EU will in Ihrem Richtlinienvorschlag vom Kongo und den 3TG-Rohstoffen abstrahieren und allgemein riskante Rohstoffgeschäfte regulieren. Kennen Sie andere Risiko- und Konfliktgebiete als den Kongo und seine Nachbarländer, die für die IT-Industrie wichtige Rohstoffe liefern?



Andreas Manhart

Andreas Manhart ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim *Öko-Institut* und beschäftigt sich mit der Frage, wie Sozial- und Umweltstandards auch in weit verzweigten und globalisierten Produktionsketten sichergestellt werden können. In der Vergangenheit hat er unter anderem zu der Fairness in der IT-Produktion gearbeitet.

Ich halte es für gut, wenn der EU-Vorschlag einen offenen Rahmen setzt, in dem sich auch andere Rohstoffkonflikte integrieren lassen. Es ist sicherlich so, dass Rohstoffe in vielen Konflikten eine Rolle spielen. Insbesondere wird immer wieder die FARC in Kolumbien genannt, die sich ebenfalls teilweise über den Goldabbau und -handel finanziert. Und auch bei Edelsteinen und fossilen Energieträgern liegt einiges im Argentinien.

Allerdings müssen wir auch sehen, dass der Osten der Demokratischen Republik Kongo derzeit eine Sonderrolle einnimmt. Nirgends auf der Welt sind bewaffnete Konflikte dieser Größenordnung so eng mit der Ausbeutung von Erzen und Metallen verknüpft. Und vor allem ist dieser Zusammenhang sehr gut und lückenlos dokumentiert. Denn für den Kongo erhält die Welt nun seit über 10 Jahren alle sechs Monate den Bericht einer UN-Expertengruppe. Und diese Berichte gehen jedes Mal auf den Rohstoffabbau und dessen Verwicklung in die dortigen Konflikte ein.

Deshalb sind wir der Meinung, dass man neben den Nachweispflichten auch Positivaneize für verantwortungsvolles Engagement im Bergbau des Kongos schaffen muss. Zudem sollte man auch die Angebote der Industrie ernst nehmen. Bei einer vernünftigen Einbindung der Industrie wäre es aus meiner Sicht durchaus denkbar, dass diese in substantieller Weise Vor-Ort-Projekte unterstützt und vorantreibt.

Was sind Ihre wichtigsten drei Empfehlungen an die EU-Gesetzgebung?

Zuallererst begrüßen wir die EU-Initiative zu Konfliktrohstoffen. Das ist ein lange überfälliger Schritt. Insofern wollen wir die EU-Kommission ermutigen, den eingeschlagenen Weg auch gegen Widerstände fort zu setzen.

In der konkreten Ausgestaltung halten wir es für sehr wichtig, eine Balance zwischen Transparenzanforderungen und Anreizen

für verantwortungsvollen Bergbau vor Ort zu finden. Wenn wir all unsere Aufmerksamkeit darauf lenken, dass ja keine Konfliktrohstoffe mehr in unsere Produkte gelangen, dann erlangen wir vielleicht ein reines Gewissen, nützen tut es aber zuallererst einmal den global tätigen Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die viel Geld mit der Nachweisführung verdienen.

Zudem würden wir es begrüßen, wenn die Angebote der Industrie zumindest gehört werden würden. Das sollte nicht im Hinterzimmer geschehen, sondern unter Einbezug von NGOs, den kirchlichen Hilfswerken und auch Akteuren aus der Region.

Zudem denke ich, dass sich bei diesem Thema viele Akteure von alten Denkmustern verabschieden müssen. So ist das oft kommunizierte Täter-Opfer-Schema (z.B. „... die Industrie ist an einer Fortsetzung des Konfliktes interessiert um an billige Rohstoffe zu gelangen ...“) am Beispiel des Kongos einfach nicht haltbar. Umgekehrt muss natürlich auch stärker anerkannt werden, dass viele NGOs schon seit langer Zeit auf das Thema hinweisen und bislang nur wenig Gehör gefunden haben.

Anmerkungen

- 1 Siehe genauer unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Konfliktrohstoff>
- 2 Siehe http://trade.ec.europa.eu/consultations/?consul_id=174
- 3 Als PDF erhältlich unter <http://www.oeko.de/files/forschungsergebnisse/application/octet-stream/download.php?id=1809>



Dieser Text erschien im September 2013 im Blog *Faire Computer* des FIFF unter <http://blog.faire-computer.de/interview-manhart-oeko-institut/>. Der Blog thematisiert regelmäßig neue Entwicklungen im Bereich Faire Computer und ist empfehlenswert für alle, die am Ball bleiben wollen. Begleitend twittern wir Neuigkeiten per [@FaireComputer](https://twitter.com/FaireComputer). Siehe auch www.faire-computer.de für eine Übersicht unserer Aktivitäten.

Peter Pawlicki

Arbeiter_innen verlassen die Fabrik

Arbeitskämpfe in der chinesischen Elektronikindustrie

Arbeitskämpfe in China sind zahlreich und werden in den entwickelten Industrienationen kaum wahrgenommen. Seit 2010 werden vermehrt offensive Forderungen von den Arbeiter_innen formuliert. Wanderarbeiter_innen spielen eine entscheidende Rolle bei diesen Veränderungsprozessen.

Am 17. Mai 2010 verlassen Arbeiter_innen einer Getriebefabrik von Honda ihre Arbeitsplätze und gehen auf die Straße von Nanhai (Provinz Guangdong): sie streiken und fordern substantielle Lohnerhöhungen.¹ Mehr als 1.800 Arbeiter_innen beteiligen sich und legen die gesamte chinesische Produktion von Honda tagelang lahm. Gleichzeitig lösen sie damit eine landesweite Streikwelle in der Automobilindustrie aus, in deren Verlauf Fabriken von *Hyundai*, *Chrysler* und *Toyota* bestreikt werden und für kurze Zeit schließen müssen. Selbst eine Begrenzung der Berichterstattung kann die Streiks nicht eindämmen, die sich bis

Ende Juli hinziehen. Die Streiks werden größtenteils von Wanderarbeiter_innen organisiert und durchgeführt.

Der Streik bei Honda in Nanhai wird als Wendepunkt der Arbeiterkämpfe in China wahrgenommen, der den Beginn einer offensiveren Phase markiert. Statt wie bisher Arbeitskämpfe auf defensive Ziele wie die Verteidigung oder den Erhalt grundlegender Rechte zu beschränken, werden nunmehr weitergehende Forderungen formuliert. Lohnerhöhungen, die über den rechtlich zugestandenen Rahmen hinausgehen, sind dabei zen-